

Ein soziales Programm.

Der demokratische Arbeiterverein in Berlin hat, veranlaßt durch einen Vortrag Carl Hirsch's, in längeren Debatten eingehend die Frage des normalen Arbeitstages und des Schutzes der Arbeit behandelt, und beschlossen, das Ergebnis in einer Broschüre zu veröffentlichen. Die zu diesem Zweck niedergesetzte Commission hat nachstehenden Entwurf ausgearbeitet und uns freundlich mitgetheilt*):

Ist ein Bedürfnis vorhanden, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die Gesetzgebung geregelt werde, und wie soll das geschehen?

Die Erkenntnis von der hohen Wichtigkeit dieser Fragen für den gesammten Arbeiterstand veranlaßt den Demokratischen Arbeiter-Verein zu Berlin, den Berliner Arbeitern das Resultat eingehender Erörterungen in Folgendem vorzulegen:

Die „freie Konkurrenz“, die Tochter der kapitalistischen Produktionsweise, lastet schwer auf den Capitalisten, unendlich viel schwerer aber auf den Arbeitern, denn sie hat zur nothwendigen Folge die ins Unnatürliche gesteigerte Ausnutzung der Arbeitskraft, und bahnt dadurch den Weg zum körperlichen und geistigen Verkommen eines immer größer werdenden Theiles der Arbeiter.

Die „freie Konkurrenz“ reißt Mütter aus dem Kreis ihrer Kinder und treibt sie in die Fabriken, reißt Kinder aus den Schulen und treibt sie in die Fabriken, fesselt dort die Männer bis zur Abspannung ihrer Kräfte.

Die „freie Konkurrenz“ verkürzt durch vorzeitige, gesundheitswidrige und übermäßige Ausbeutung des Arbeiters seine Lebenszeit.

Aber mehr als dies!

Der Arbeitslohn ist der Preis der Waare des Arbeiters, der „Arbeitskraft“; der Werth dieser wie jeder anderer Waare ist gleich den gesellschaftlich durchschnittlichen Wiederherstellungskosten, hier also gleich den unabweisbar nothwendigen Lebensmitteln zur Aufrechterhaltung einer Familie.

Lohnarbeit der Frauen und Kinder erhöht also den Verdienst der Familie für den Augenblick, führt aber bald zu einem Sinken des Lohnes jedes Familienmitgliedes, und somit zu einer dauernden und allgemeinen Herabdrückung des Lohnsatzes.

So zerstört die „freie Konkurrenz“ den letzten Zusammenhang der Familie des Arbeiters, denn statt zu seinen Genossen, macht sie Frau und Kinder zu seinen Konkurrenten, mithin zu seinen Feinden.

Dies ist die Lage des modernen Sklaven, oder, wo sie es noch nicht ist, seine sichere Aussicht beim Fortschritt der Industrie, dies sein Antheil an dem vielgerühmten Rationalwohlstand.

Wer kann der Fortwucherung solcher Uebel Einhalt thun? Weder Humanität der einzelnen Arbeitgeber, noch die vereinzelt Bestrebungen von Arbeitern, denn sie Alle müssen sich vor dem unerbittlichen Gesetz der „freien Konkurrenz“ beugen.

*) Wir sind dem Leipziger Arbeiterbildungsverein die Erwähnung schuldig, daß derselbe schon im Frühjahr 1866 bei Gelegenheit einer durch die hiesige Gewerbekammer veranlaßten Durchberatung des Gewerbegesetzes sich in einer längeren Denkschrift ganz im Sinne des obigen Programms ausgesprochen hat. Es wäre sehr wünschenswert, wenn diese Denkschrift zum Abdruck käme. Anm. d. Red.

Nur der Staat kann hier einschreiten durch die Gesetzgebung!

Was wir in dieser Hinsicht von demselben zunächst verlangen, ist in allgemeinen Zügen:

1) Gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages, gesetzliche Regelung der Sonntags- und Nachtarbeit für alle Arbeiter, auch auf dem Lande.

2) Gesetzliches Verbot der Kinderarbeit, und Regelung der Arbeit der Frauen in Fabriken und auf dem Lande.

3) Gesetzliche Bestimmungen über die Beschaffenheit des Arbeitsmaterials, der Arbeitsmittel und Arbeitsräume zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter.

4) Die gesetzliche Feststellung von nachdrücklichen Strafen, wenn die industriellen oder ländlichen Capitalisten diese Bestimmungen übertreten.

5) Die Einsetzung von Behörden, welche für die gesetzmäßige Durchführung aller dieser Bestimmungen Sorge tragen, und dazu mit einer starken exekutiven Gewalt ausgerüstet sein müssen.

Sollen aber diese Behörden ihre Macht nicht zu politischer Beeinflussung und Corruption sowohl der Arbeiter als der Arbeitgeber mißbrauchen, so müssen ihre Rechte und Pflichten auch nach allen Seiten hin genau durch Gesetze festgestellt sein.

Befürchtungen in dieser Hinsicht liegen sehr nahe Angesichts der arbeiterfreundlichen Bestrebungen der konservativen Partei, welche sich annähernd in der Richtung der angeführten 5 Punkte bewegen, sich aber nur auf die Industrie, nicht auf die ländlichen Arbeiter erstrecken, wo natürlich die Geldinteressen der Grundbesitzer, von denen ein großer Theil feudale Herren sind, in's Spiel kommen.

Die Bestrebungen dieser Partei sind nur Wahlmanöver oder politische Intriguen gegen die Bourgeoisie, nicht aber aus Interesse für das Wohl der Arbeiter hervorgegangen.

6) An das gesetzliche Verbot der Kinderarbeit knüpft sich die Forderung unentgeltlichen und besseren, auf die Bildung des Verstandes berechneten, die Ueberladung des Gedächtnisses mit dogmatischen Formeln und Gebeten gänzlich ausschließenden Schulunterrichts der Arbeiterkinder auf dem Lande und in den Städten.

Die genannten 6 Punkte sind in allgemeinen Umrissen diejenigen Forderungen, welche die Arbeiter überall, wo sie anfangen, ihre selbstständige Politik zu treiben, zuerst erhoben haben.

In England, Frankreich und Nordamerika sind sie zum Theil bereits durchgesetzt, und zwar ohne daß die Konkurrenzfähigkeit der genannten Länder dadurch herabgedrückt wäre; im Gegentheil hat sich dort die Industrie durch die Schonung der Arbeitskraft und die dadurch nothwendig hervorgerufenen Fortschritte, z. B. Verbesserungen der Maschinerie, unendlich gehoben.

Die Arbeiter streben dort auf der so gewonnenen Grundlage weiter.

In Belgien, Oesterreich, der Schweiz und Preußen sollen die bezeichneten Forderungen durchgesetzt werden.

Wir behalten uns vor, sobald wir die Zeit für geeignet halten, die speziellen Gesetzesentwürfe auszuarbeiten und öffentlich zu berathen.

Überall aber werden von den denkenden Arbeitern, welche erkannt haben, daß die Interessen der Arbeiter in allen Culturländern dieselben sind, die genannten Forderungen, als die

nothwendigen Vorbedingungen erkannt, ohne welche die soziale Freiheit der arbeitenden Klassen, d. i. Freiheit Aller, gegründet auf Abschaffung aller Classenherrschaft, mit Erfolg nicht angestrebt werden kann, ohne welche nicht einmal die Coalitionsfreiheit großen Werth hat.

Wenn nun von liberaler Seite behauptet wird, es widerstreite der bürgerlichen Freiheit, die freie Konkurrenz zu beschränken, so haben wir schon im Anfang darauf hingewiesen, daß diese Seite der bürgerlichen Freiheit, die „freie Konkurrenz“, für einen Theil der menschlichen Gesellschaft eine unerträgliche Last geworden ist, für einen andern Theil es täglich zu werden droht, und, bis zu ihrem letzten Konsequenzen entwickelt, zum Ruin der menschlichen Gesellschaft führen müßte.

Wenn also die bürgerliche Freiheit nur dadurch erhalten werden kann, daß Menschen zu einander in dem Verhältnis von Herren zu Dienern, — von Lohnherren zu Lohnarbeitern stehen, wenn die bürgerliche Freiheit nur auf dem freien Schacher mit der Arbeitskraft gedeihen kann: nun, so wird der Arbeiter höchstens den Schluß daraus ziehen, daß er nicht diese bürgerliche Freiheit zu fordern habe, sondern

„die demokratische Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles Dessen, was Menschengesicht trägt.“

Die Arbeiterbewegung in Wien.

(Fortsetzung).

Wien im Januar.

Das fortwährende Steigen der Bewegung in Wien hatte zur Folge, daß auch alsbald die Provinzen davon ergriffen wurden.

In Krems, Baden, Wiener Neustadt, Salzburg, Linz und anderen Orten bildeten sich Arbeitervereine, welche die Prinzipien, die der Arbeiterbildungsverein bei seiner Gründung verkündet hatte, zu den ihren machten. Die Resolutionen, welche in den Arbeiterversammlungen zu Wien gefaßt worden waren, wurden auch von den Arbeitern der Provinzen angenommen. In Wiener-Neustadt fand am Ostersonntag in dem großen Hofraume der Reyer-Schlick'schen Zuckerfabrik eine Volksversammlung unter freiem Himmel statt, zu welcher sich mehr als 10,000 Personen eingefunden hatten. Auf dieser Versammlung wurde folgende von dem Buchdrucker Groß aus Wien beantragte Resolution einstimmig angenommen: „1. Die Prinzipien der Selbsthilfe, wie sie insbesondere von Schulze-Delitzsch empfohlen worden sind, können in ihrer Ausführung nur einem verschwindend kleinen Theile der Arbeiter Hilfe gewähren; sie können daher nicht als dem gesammten Arbeiterstande nutzbringend anerkannt werden; 2. der Arbeiterstand ist noch politisch rechtslos. Bestrebungen, welche auf Erlangung der politischen Freiheit, die geistige Hebung und materielle Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes gerichtet sind, werden erst mit Erfolg gekrönt, wenn der Arbeiterstand in der Gesetzgebung vertreten ist. Die Arbeiter müssen daher vor Allem die Erlangung der politischen Gleichberechtigung anstreben, und für die Einführung des allgemeinen direkten und unbeschränkten Wahlrechtes mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln agitieren.“

Gleichzeitig wurden die Beschlüsse der Wiener Arbeiterversammlungen in Bezug auf die Nationalitätenfrage angenommen und schließlich auf Antrag des Herrn Eichinger die Nothwendigkeit der Herabsetzung der Zoll- und Frachtarife ausgesprochen.

Unterdessen hatten die klerikalen Blätter nicht aufgehört, den Arbeitern zu schmeicheln, und Herr Pater Greuter hatte sogar im Reichsrath eine Lanze für sie eingelegt. Da erschien die päpstliche Allocution, und wiederholt hatten die Arbeiter Gelegenheit, der ultramontanen Partei gegenüber Farbe zu bekennen. Auf dem 6. Wiener Arbeitertage wurde zuerst die Allocution öffentlich besprochen und auf Antrag des Herrn Pfeiffer folgende Resolution gefaßt: „1. Die heutige Arbeiterversammlung protestirt gegen die in jüngster Zeit erlassenen bischöflichen Hirtenbriefe und Instruktionen als eine Verletzung der Staatsgrundgesetze, sowie gegen die päpstliche Allocution als eine nicht zu rechtfertigende Einmischung in die Staatsangelegenheiten und einen Angriff auf die persönliche und geistige Freiheit der Staatsbürger. 2. Die Versammlung spricht sich wiederholt für die alsbaldige gänzliche Beseitigung des Confordats aus.“

Auf diesem Arbeitertage wurde auch über die Unterredung des Ministers Giskra mit der Deputation des 5. Arbeitertages referirt und endlich auf Antrag des Hrn. Brückhaver ein Comité gewählt, welches sich über die Parteiprogramme einigen sollte. In dieses Comité wurden Mitglieder von sämmtlichen hiesigen Arbeitervereinen gewählt, um allen Meinungen Rechnung zu tragen.

Während so auf den Arbeitertagen sich die Anfänge einer politischen Partei zeigten, begannen mehrere Arbeiter, wie Ludwig Köchlhuber, Hannot und Andere, die genossenschaftliche Bewegung zu organisiren, welche sich zunächst die Erlangung des Coalitionsrechts und die Beseitigung der Zwangsgenossenschaften zum Ziele gesetzt hatte, und im Arbeiterbildungsverein wurde von den Herren Mühlhauser und Blazincic der Plan gefaßt, für den Monat September 1869 eine allgemeine Arbeiter-Industrie-Ausstellung vorzubereiten. Das Programm derselben wurde auch genehmigt und seitdem wird an der Ausführung dieses Projektes unter der Leitung der Herren Blazincic, Felber und Scheu rüstig gearbeitet. Mittlerweile waren auch die Vorbereitungen für das allgemeine österreichische Verbrüderungsfest getroffen, ein begeistertes Auftruf an die französischen und englischen Arbeiter erlassen worden, und allwöchentlich fanden Sitzungen des Comité's zur Entwerfung eines Parteiprogrammes statt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Schneiderei in London oder der Kampf des großen und des kleinen Kapitals.

Von J. G. Eccarius.

(Schluß.)

Wenden wir uns wieder zu den Arbeitern. Seit der vierunddreißiger Niederlage haben sie keine allgemeine Arbeitseinstellung mehr gewagt. Da die Meister keine Angriffe zu fürchten hatten, brauchten sie auch nicht mehr zu kombiniren. Daher ist die Herabsetzung des Lohns stückweise vor sich gegangen, hier und da fällt es einmal vor, daß die Arbeiter in einer Werkstätte aufhören. Dieses geschieht aber nur, um nicht für denselben Meister unter schlechteren Bedingungen wie bisher zu arbeiten. Dem Nominalwerthe nach ist der Arbeitslohn bei den respektablen Meistern höchstens 10 bis 15 Prozent herabgesetzt; faktisch sind es wenigstens 45 bis 50 Prozent. Diejenigen, welche das ganze Jahr in Arbeit sind oder viel-

*) Coalitionen zu machen, sich zu verbänden.

mehr einen Meister haben, können im Durchschnitt höchstens auf $3\frac{1}{2}$ bis 4 Tage Arbeit per Woche rechnen. Rechnet man nun noch die gelegentlich Beschäftigten hinzu, so werden kaum 50 Prozent des früheren Verdienstes herauskommen. Die Arbeiter sind demnach auf das Minimum*) reduziert. Der einzige Vortheil, der ihnen zu Gebote steht, ist der, daß sie in den Werkstätten Ruhe genug haben, Bücher und Zeitungen zu lesen, sich über ihr Klasseninteresse aufzuklären und auf künftige Eventualitäten**) vorzubereiten. Diese Gelegenheit geht nicht unbenutzt vorüber.

Die Stellung derjenigen Arbeiter, welche für die Fabrikanten arbeiten, ist eine andere. Der Kleiderfabrikarbeiter ist der wirkliche moderne Lohnarbeiter. Für ihn giebt es weiter nichts mehr als harte Arbeit und Glend, kein Tag der Erholung, keine Aussicht auf Befreiung oder Erleichterung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wie jeder andere Fabrikarbeiter ist er an seinen Posten gefesselt; sein Lohn erlaubt ihm nicht eine Stunde müßig zu sein, und reicht nie über die gewöhnlichsten Lebensbedürfnisse hinaus. Der Preis, welchen der Fabrikant für die beste Arbeit bezahlt, verhält sich zu dem der respektablen Meister wie 2 zu 3. Der Fabrikarbeiter, der die beste Arbeit macht, muß daher volle sechs Tage arbeiten, um so viel zu verdienen, wie der andere in vier. Jedoch ist er noch bei weitem besser gestellt als seine Mitarbeiter, denen nur die geringere Arbeit zu Theil wird. Der Preis der geringen Arbeit ist so gestellt, daß es für einen Mann fast unmöglich ist, sein Leben dabei zu fristen. Der Arbeiter ist daher von vorn herein genöthigt, selbst andere auszubeuten, er muß so viel Arbeit nehmen, daß er mit einigen Frauensleuten arbeiten kann, die, wie er, gezwungen sind, unter jeder Bedingung Arbeit anzunehmen. Die Theilung der Arbeit wird dann so eingerichtet, daß er vielleicht den vierten oder fünften Theil des Hocks macht und seinen Gehältsinnen bloß die Hälfte oder höchstens $\frac{2}{3}$ des Lohns giebt. Diese Kategorie von Arbeitern und Arbeiterinnen bildet den eigentlichen Uebergang vom Sattenessen zum Hungertod, vom Proletariat zum Pauperismus. Stets unter das Minimum herabgedrückt, haben sie bei der geringsten Stöckung des Geschäfts nur die Wahl zwischen Arbeitshaus oder Tod. Unsere Bourgeois-Ökonomen behaupten, daß der Arbeitslohn nicht lange unter dem Minimum bleiben kann, weil, wenn die Arbeit ihren Mann nicht mehr nährt, die Arbeiter einerseits andere Beschäftigung suchen, andererseits die Zufuhr ausbleibt, und daß es im schlimmsten Fall nur so lange währen kann, bis diejenigen Arbeiter aussterben, welche zu einem bestimmten Geschäft erzogen sind. Solche Theorien mögen in Texas und Kalifornien wahr sein. England, wo die Zufuhr in allen Geschäften größer ist als die Nachfrage, fraßt sie Lügen, denn trotzdem, daß Tausende von Schneidern durch Typhus und Schwind sucht hinweggerafft werden, andere das Geschäft verlassen, wird die Zufuhr größer und der Arbeitslohn geringer. Ich habe oben schon angeführt, wie sich die Schneider im Allgemeinen rekrutiren. Ausländer und junge Leute aus den Provinzen kommen nach London, theils um die große Weltstadt zu sehen, theils um mehr Geld zu verdienen als anderswo. Alle kommen in der Absicht, bei den respektablen Meistern zu arbeiten. Sobald die zwei oder drei Monate gute Zeit vorüber sind, werden 90 vom 100 der neuen Ankömmlinge gänzlich arbeitslos. Es bleibt ihnen Nichts übrig, als auf die Landstraße zu gehen und zu sechten, oder unter den schlechtesten Bedingungen für die Fabrikanten zu

arbeiten. Sie bequemen sich zu dem Letzteren in der Hoffnung, in der nächsten guten Zeit glücklicher zu sein; aber umsonst. Die nächste gute Zeit vergeht auf dieselbe Weise, und in Zeit von zwei Jahren sind sie so weit herunter gekommen, daß es ihnen selbst unmöglich wird, sich nach besserer Arbeit umzusehen. Vielleicht begehen sie auch die Dummheit, sich zu verheirathen und ihre Karriere ist gemacht. Der alte Körper des respektablen Geschäftszweigs liefert durch die fortwährenden Schwankungen und die beständige Abnahme des Geschäfts ebenfalls eine Masse Leute, die die Konkurrenz unter den Arbeitern immer mehr beschleunigen.

Aus dieser ganzen Darstellung geht hervor, daß einerseits die kleinbürgerliche Produktionsweise zu viel Arbeitskräfte, zu viel Kapital verschlingt, den Verkehr und die Konsumtion hemmt und mit jedem Tage unmöglicher wird; daß andererseits die moderne Produktionsweise, welche den industriellen Fortschritt vertritt, alles über den Haufen wirft, was sich ihr entgegenstellt, und daß sich die Arbeit und das Glend ihres eigentlichen Produzenten in demselben Maße vermehrt, als sie selbst vorwärts schreitet. Die moderne Industrie muß daher nothwendiger Weise auf einem Punkt ankommen, wo ihre Konsumenten zahlungsunfähig werden, und wo die Fortsetzung der Produktion innerhalb der bestehenden Eigenthumsverhältnisse überhaupt unmöglich wird, eine Krise, die nur mit der gänzlichen Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Eigenthumsverhältnisse endigen kann.

Der Zerfall der englischen Kirche.

London, den 30. Januar.

Unter der offiziellen englischen Christenheit hat sich ein Sturm erhoben, der sich schwerlich ohne Schiffbruch legen wird. Die kalten protestantischen Formeln und Ceremonien sind, wenn nicht geradezu abstoßend, doch so wenig anziehend, daß sie weder Geist noch Gemüth befriedigen. Der denkende Mensch kann die Resultate der modernen Wissenschaft nicht mit den vor dreihundert Jahren festgesetzten Glaubensartikeln in Einklang bringen und der reine Gemüthsmensch kann keine Befriedigung in einem Religionsdienst finden, der sich nie an seine Sinne wendet und seinem verwirrten Verstande nur unverständliche Dinge vorlegt. Im Ganzen genommen ist die Staatsklerisei sehr tolerant, leben und leben lassen ist ihr Wahlspruch. Sie läßt die Dissenters (Sekten, welche die Staatskirche nicht anerkennen,) und die Männer der Wissenschaft ungestört ihre Ziele verfolgen; selten nur wagen es schwarzröckige Spasmacher, wie der Bischof von Oxford, schlechte Wiße über die Behauptungen von Männern wie Charles Darwin, Huxley, Professor Huxley u. s. w. zu reißen. Die Staatsklerisei hat einen sehr guten Magen, sie kann viel vertragen. Sie nimmt es nicht sehr streng mit den neun und dreißig Glaubensartikeln, auf welche sie Schwören muß um das Prieferamt zu bekleiden, und entschädigt sich für den Mangel an klerikaler Macht durch die ansehnlichen Einkünfte, welche das „Geschäft“ der Gospel shop — der Bibelkramladen —, wie es boshafte Gegner zu nennen pflegen, einbringt. Daher wird auch der Besitz der weltlichen Güter der Kirche stets mit größerem Eifer vertheidigt als ihre Dogmen (Glaubenssätze.) Aber diese Fahrlässigkeit hat den Grund zu einem Zwiespalt gelegt, der ernstlich zu werden beginnt. Während die große Mehrzahl den lieben Gott einen guten Mann sein läßt und sich mit den Fleischtöpfen begnügt, welche an den neun und dreißig Glaubensartikeln hängen, entwickeln sich auf den Po-

*) Den niedrigsten, gerade zur Erhaltung des Lebens ausreichenden Lohnsatz.

**) Möglichkeiten der Befreiung.

len entgegengesetzte Ansichten. Auf der einen Seite verlangt man, daß das, was durch die Wissenschaft als unumstößlich und unwiderrüflich fest gestellt ist, von der Kirche als solcher anerkannt werden soll, um die Glaubenssätze der Kirche mit dem Zeitgeist in Harmonie zu bringen, und daß die in der Bibel enthaltenen Widersprüche nur als die herrschenden Ansichten der Zeit, in welcher sie geschrieben worden, zu betrachten sind. Vor einigen Jahren ward die Frage aufgeworfen, ob Geistliche, die in diesem Sinne schrieben, berechtigt seien, Gehalte aus den Einkünften der Kirche zu beziehen. Bis dahin wurde vorausgesetzt, daß jeder Staatsgeistliche durch seinen Ordinations-Eid die neun und dreißig Artikel ohne Rückhalt in Bausch und Bogen beschwöre; und wer nicht mit ihnen zufrieden war, hatte die Freiheit auszutreten. Die Gegner jener verblühten Freidenkerei verlangten, da die Schreiber selbst keine Neigung verriethen aus der Staatskirche auszutreten, sollte ihnen ihr Gehalt entzogen werden. Gegen alles Erwarten lief die Entscheidung der Behörde darauf hinaus, daß die Betreffenden in ihren Amtspflichten nicht gegen die Kirchenordnung gefehlt hätten und daß man ihnen folglich den Gehalt nicht entziehen könne. Die Finsterlinge behaupteten, jene Entscheidung öffne der Kezerei Thür und Thor; dem aufgeklärteren Publikum dagegen erschien sie als ein Fortschritt.

Auf dem andern Pol hat sich dagegen eine rückgängige Bewegung entwickelt, die schnurstracks nach Rom führt. Ihre Vertreter, die jetzt mit der Benennung Ritualisten bezeichnet werden, behaupten, daß die religiöse Andacht nicht vollständig sein kann, ohne von äußeren Feierlichkeiten begleitet zu sein. Sie haben allmählich verschiedene, theils durch die Reformation abgeschaffte und andere der Kirchenordnung zuwiderlaufende Gebräuche eingeführt. Sie bedienen sich unter Anderen wohlriechender Düste, brennen Wachskerzen am hellen lichten Tage auf den Altären, verlangen, daß ihre Zuhörer zu gewissen Zeiten niederknien, und erscheinen in prächtiger Kleidung — Alles, um auf das Gefühl und die Sinne zu wirken und den Verstand zu umnebeln. Diese Neuerungen haben verschiedene Male argen Skandal in den Kirchen, wo sie vorgeführt wurden, verursacht, die Bischöfe erhoben Einspruch, im Ganzen aber wurde dieses reaktionäre Gelichter mit großer Schonung behandelt, bis es so weit ging, daß sich vor Kurzem das Ober-Conistorium genöthigt sah, dergleichen Verfahren, als dem Kirchengesetz zuwider, zu verbieten. Es wurde dagegen appellirt, aber der geheime Staatsrath bestätigte das Urtheil. Die Herren Ritualisten sind aber durchaus nicht geneigt, Folge zu leisten. Sie bestreiten das Recht des geheimen Staatsraths, über Ceremonien und Gebräuche, die nach ihrer Meinung vom wahren Glauben unzertrennlich sind, zu entscheiden. Der geheime Staatsrath besteht größtentheils aus Laien — Politikern, die nichts von der Theologie verstehen. Im geheimen Staatsrath sitzen verkappte Freidenker, befehrt und unbeherrte Juden und Quäker. „Barum nicht sammt und sonders austreten aus der Staatskirche? ruft die Presse, dann könnt Ihr Euern Liebhabereien ungehindert nachhängen; Eure reichen Anhänger werden Euch reichlich versorgen.“ Aber sie sind eben so wenig geneigt, sich von den Fleischtöpfen der Staatskirche zu trennen, als ihren Verordnungen Folge zu leisten. Vorige Woche hielten sie eine Versammlung, der gegen 400 ordinierte Geistliche beiwohnten, wo beschlossen wurde, man wolle sich unter Protest fügen und es jedem Einzelnen überlassen, in wie weit die verbotenen Ceremonien einzustellen seien. Die Hauptwortführer sind gegen den Austritt und wollen eine Agitation im Schooße der Kirche hervorrufen, um die Kirche von der Aufsicht des Staats zu

befreien. Ungefähr ein halbes hundert Hitzköpfe finden dieses Vorgehen zu langweilig; sie wollen sich weder unter Protest noch irgend wie fügen, und auch nicht austreten. Aber die Kirchengüter der Staatskontrolle (Ueberwachung des Staats) zu entziehen, das geht heut zu Tage nicht. Das große Publikum betrachtet die liegenden Güter der Staatskirche als National-eigenthum, dessen Nutznießung der Klerisei vom Parlament unter gewissen, vom Parlament zu bestimmenden Bedingungen überlassen worden ist. Das Parlament aber hat längst aufgehört, ein Club der Staatskirche zu sein, obgleich es zur Zeit noch ein politischer Club der besitzenden Klasse ist. Die Juden, die Katholiken, die Quäker, sowie alle der Staatskirche feindlichen Sekten haben ihre Vertreter im Parlament, und sie mehrten sich mit jeder Wahl. Außerdem besitzen die reichlichen Dissenters in der Liberation Society (Befreiungs-Gesellschaft) schon gewissermaßen eine Organisation, deren Zweck die Abschaffung der Staatskirche und die Sekularisation der Kirchengüter (Verwandlung der Kirchengüter in weltliches Staatseigenthum) ist. Diese Gesellschaft soll ihren Anhang in jüngster Zeit sehr erweitert haben. Wie lange wird die englische Staatskirche die Abschaffung der irischen überleben?

Der Kukuk.

(Neues deutsches Volkslied.)

Der Kukuk sitzt in seinem Nest,
Paßt auf, wo sich was holen läßt,
Und haben ein paar Vögel Streit,
Ist er zum Schlichten gleich bereit.

Doch willig thut's der Kukuk nicht,
Er holt dann wo und was er kriegt.
Wer Hülf' vom Kukuk sich ersticht,
Ist werth, daß er zum Kukuk geht.

Anzeigen.

In unserm Verlag ist soeben erschienen:

Forschung

nach der

Gewißheit in der Erkenntniß der Wirklichkeit.

Von

A. Spir.

Preis 1 Thlr. 10 Ngr.

Der Verfasser hat bereits in seinem Erstlingswerke „Die Wahrheit“ durch seinen Scharfsinn, wie durch die Ruhe und Tiefe seiner Untersuchungen Aufsehen erregt, und als Nachfolger Kant's und Herbart's sich einen ehrenvollen Platz in der philosophischen Literatur erworben. Das obige Werk verbreitet ein neues Licht über die Lehre von der Erkenntniß der Wirklichkeit und dürfte voraussichtlich als eine epochemachende Erscheinung auf diesem Gebiete erkannt und begrüßt werden. Dasselbe hat nicht bloß für Philosophen von Fach, sondern auch für Theologen, Naturforscher und alle nach Wahrheit ringenden Gebildeten ein hohes Interesse, um so mehr, als der ebenfalls „mit der Bildung und Wissenschaft des ganzen Jahrhunderts ausgerüstete“ Verfasser, um mit Casselle zu reden, auch auf die soziale Frage eingegangen ist, und deren Lösung angedeutet hat.

Leipzig.

Förster & Fintel.

Deutscher Arbeiter-Bildungs-Verein in London

Charles-Hotel, 71 Dean Street, Soho Square. W. London.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebnecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Volkraht.
Expedition: Petersstraße 18.